

## CHRISTLICHES ZEITGESCHEHEN

# Bischöfe kürzen beim Einsatz für den Frieden

„Der bereits beschlossene Weg wird fortgesetzt.“ Das erklärte der Verband der Diözesen Deutschlands im Anschluss an seine Vollversammlung in Würzburg. Der „Weg“, das ist der strikte Sparkurs, den die Bischöfe vor gut zehn Jahren beschlossen haben. Er hat zur Folge, dass einige kirchliche Institutionen und Projekte in Zukunft keine oder weniger Zuschüsse bekommen, etwa die deutschen Pfarrgemeinden im Ausland. Besonders heftig wurde in der Öffentlichkeit kritisiert, dass auch die katholische Friedensbewegung Pax Christi ab dem nächsten Jahr kein Geld mehr aus dem gemeinsamen Topf der Bischöfe bekommen soll. „Ausgerechnet jetzt, wo die vielen Kriege und Konflikte die Menschen beunruhigen, scheint unsere Friedensarbeit von der Bischofskonferenz nicht mehr gewollt zu sein“, klagte Wiltrud Rösch-Metzler, die Bundesvorsitzende von Pax Christi.

Angesichts der gigantischen Kirchensteuereinnahmen – 2015 waren es mehr als sechs Milliarden Euro – wirkt der Streichposten bei Pax Christi absurd. Gerade mal

60 000 Euro haben die 27 Bischöfe bisher überwiesen, diese Summe will man ab 2018 nun einsparen. Für die deutsche Sektion der Friedensbewegung ist dies jedoch viel Geld, ein Fünftel der Einnahmen fiele damit weg. Dies stelle sogar die Existenz von Pax Christi auf Bundesebene infrage, sagte Wiltrud Rösch-Metzler. „Fehlt der Zuschuss, gefährdet dies die einzig verbliebene inhaltliche Stelle, nämlich die unserer hauptamtlichen Generalsekretärin.“ Auch der Fuldaer Bischof und Pax-Christi-Präsident Heinz Josef Algermissen hat laut Medienberichten gegen den Schritt protestiert.

Als „willkürlich“ bezeichnet die Friedensbewegung die beschlossene Mittelkürzung. „Pax Christi die Gelder zu streichen, ist nicht nachvollziehbar, weil gerade in der jetzigen Zeit Friedensengagement gefordert ist. Die Ächtung von Atomwaffen, die Rüstungsexporte, die zivile Konfliktbearbeitung oder die Stärkung der Diplomatie gegenüber Gewalt und Krieg sind die aktuellen Herausforderungen.“ Es sei unbe-

greiflich, dass dies alles keine gemeinsame Aufgabe der Bistümer sein soll. Schließlich fordere auch Papst Franziskus immer wieder den Einsatz für Gewaltfreiheit.

Ob tatsächlich das letzte Wort in der Sache gesprochen ist, ist unklar. Angesichts der „vielfältigen Reaktionen“ auf die Sparbeschlüsse wolle man die Kürzungsvorschläge insgesamt überarbeiten, heißt es in der Pressemitteilung zu der Würzburger Versammlung. Härten sollen vermieden werden. Reinhard Marx, der Münchner Kardinal und Vorsitzende der Bischofskonferenz, hatte aber erklärt, man solle sich „keine Hoffnung auf eine Änderung der Entscheidung machen“. Stattdessen solle man sich „darauf konzentrieren, alternative Einnahmequellen zu erschließen.“ Immerhin schob der Kardinal noch hinterher: Pax Christi werde auch weiterhin als wichtige Stimme in der kirchlichen Debatte über den Frieden geschätzt. Die Worte, so bemerkte das „Neue Ruhrwort“ aus dem Bistum Essen, dürften den Verantwortlichen „wie Hohn vorkommen“.

## Berliner Senat: Zu nah an der DDR

Der rot-rot-grüne Senat in Berlin distanziert sich nicht deutlich genug von der DDR-Vergangenheit. Dieser Ansicht ist Torsten Oppelland, Parteienforscher an der Universität Jena. So fehle im Koalitionsvertrag etwa eine Klausel, dass keine stasibelasteten Personen in Regierungsverantwortung kommen sollen. „Dieses Thema war den Berliner Koalitionspartnern offenbar nicht so wichtig.“ In dem Vertrag werde zwar viel von Opfern rechter oder rassistischer Gewalttaten gesprochen, nicht aber von Stasi-Opfern.

In Thüringen dagegen, das ebenfalls eine rot-rot-grüne Landesregierung hat, sei die DDR-Vergangenheit „sehr explizit und umfangreich“ thematisiert worden. Im

Koalitionsvertrag gebe es mehrere Stellen, die darauf Bezug nehmen. In der Präambel etwa werde die DDR als Unrechtsstaat bezeichnet, im Schlusswort der Vereinbarung werden konkrete Aufarbeitungsprojekte benannt.

Als Grund für die Unterschiede zwischen Thüringen und Berlin führt Oppelland an, dass in Thüringen die Linkspartei 2014 erstmals seit dem Mauerfall in Regierungsverantwortung kam. „Das war eine Novität, und eine Distanzierung zum DDR-Unrechtsstaat war notwendig.“ In Berlin dagegen habe die Linkspartei schon zwei Mal mitregiert. Die Aufarbeitung der Vergangenheit war damit gewissermaßen schon vorher abgehandelt.

## Glauben ist nicht fundamentalistisch

Die Religionen des Ein-Gott-Glaubens sind nicht anfälliger für Gewalt und Extremismus als zum Beispiel der angeblich so friedvolle Buddhismus oder der Hinduismus. Das erklärte der Bielefelder Religionssoziologe Heinrich Schäfer. Auch sei nicht jede religiöse Selbstvergewisserung, nicht jede religiöse Identitätssuche als „Fundamentalismus“ zu brandmarken, auch wenn eine klare religiöse Haltung, ein überzeugtes Glaubensbekenntnis „dem modernen, säkularisierten Individuum so erscheinen mag“.

## Zu viel Einmischung: Araber mögen EU nicht

In arabischen Ländern hat die Europäische Union einen schlechten Ruf. Im Unterschied zu Lateinamerika, Asien und dem südlichen Afrika, wo nahezu drei Viertel der Bevölkerung der EU ein gutes Zeugnis ausstellen, sieht die arabische Welt mit wenig Sympathie auf den europäischen Staatenbund. Das hat eine Analyse der Universität Münster ergeben. Als Hauptgrund wird in arabischen Ländern angegeben, dass die Erfahrungen der Kolonialzeit nachwirken. Die meisten Araber wünschen sich nationale Selbstbestimmung und wenden sich gegen Einmischung von außen.

## Eine Kirche für die Kirche – mit Widerstand

Nicht überall in Russland stößt das neue Macht-Selbstbewusstsein orthodoxer Kirchenführer auf Gegenliebe. So wehren sich nicht wenige Bürger Sankt Petersburgs dagegen, dass die Isaaks-Kathedrale, der größte und prachtvollste Kirchbau der Stadt, der Kirche wieder gänzlich zur – insbesondere auch liturgischen – Nutzung überlassen werden soll, noch dazu kostenlos. Das hatte die Stadtverwaltung beschlossen.

1931 war der Sakralbau in ein religionsfeindliches Museum umgewandelt, später

## Britische Sikhs werfen Regierung Ignoranz vor

Rund ein Fünftel der Glaubensgemeinschaft der Sikhs in Großbritannien fühlt sich öffentlich oder am Arbeitsplatz diskriminiert und zugleich von der britischen Regierung „systematisch im Stich gelassen“. Zu diesem Ergebnis kommt eine repräsentative Studie der Sikh-Gemeinde, über die die Tageszeitung „Guardian“ berichtete. Die britische Regierung habe es nach den Anschlägen vom 11. September 2001 versäumt, angemessen auf den wachsenden Rassismus im Land zu reagieren und